

"Die EZB zeigt sich unabhängiger als die FED oder die Bundesbank" in Le Monde (20. Januar 2004)

Legende: Der Artikel, der am 20. Januar 2004 in der französischen Tageszeitung Le Monde erschienen ist, unterstreicht den besonderen Status der Europäischen Zentralbank (EZB) als unabhängige Institution, indem er sie mit der amerikanischen Federal Reserve (Fed) vergleicht.

Quelle: Le Monde. 20.01.2004. Paris. "La BCE se révèle plus indépendante que la Fed ou la Bundesbank", auteur:Delhommis, Pierre-Antoine , p. 7.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/die_ezb_zeigt_sich_unabhangiger_als_die_fed_oder_die_bundesbank_in_le_monde_20_januar_2004-de-7a55d950-e0cb-4320-b0a9-52ce82917b49.html



Publication date: 02/08/2016

Die EZB zeigt sich unabhängiger als die FED oder die Bundesbank

Der Status der Europäischen Zentralbank ist einzigartig auf der ganzen Welt.

ES GESCHAH vor einigen Tagen in Berlin anlässlich eines Finanzsymposiums. Der Vorsitzende des Federal Reserve System (Fed), Alan Greenspan, wurde zu den jüngsten Währungsturbulenzen und zum plötzlichen Kursanstieg des Euro gegenüber dem Dollar befragt. „*Es tut mir leid, aber die einzige Person, die von der amerikanischen Regierung dazu befugt ist, über Wechselkurspolitik zu sprechen, ist der Finanzminister*“, antwortete er und fügte hinzu: „*Als Wirtschaftsexperte finde ich das wirklich frustrierend, aber ich halte mich daran.*“

Dieser Scherz brachte die Anwesenden gehörig zum Lachen. Gleichzeitig erinnerte er mit Nachdruck an die in den Vereinigten Staaten im Bereich der Wechselkurspolitik bestehende Hierarchie. Diese fällt ausschließlich unter die Zuständigkeit des Weißen Hauses und nicht der Zentralbank. Diese Tatsache an sich beschränkt die Unabhängigkeit der FED schon sehr stark. Im Fall einer Dollarkrise beispielsweise kann das Weiße Haus die FED zwingen, auf dem Devisenmarkt zu intervenieren oder sogar die Leitzinssätze zu modifizieren.

Wahlkampf

Seit Wochen ist man sich bewusst, dass es in Europa ganz anders läuft: In der Europäischen Zentralbank (EZB) hat man keineswegs die Absicht, dem Ruf der Spitzenpolitiker nach einer Senkung der Zinssätze Folge zu leisten, um den Euro zu schwächen. „*Mister Euro, das bin ich*“, hatte einmal der ehemalige EZB-Präsident erklärt.

Die Äußerungen Greenspans unterstreichen diesen hohen Grad an Unabhängigkeit – und somit an Macht –, über die die europäische Notenbank verfügt. Die Satzung, die praktisch unantastbar ist, da sie nur durch einstimmigem Beschluss der Staaten geändert werden kann, garantiert die fast vollständige Unabhängigkeit: Verbot für die Mitglieder des EZB-Rates, Anweisungen von ihren Regierungen entgegenzunehmen; keine Kreditvergabe an Staaten; lange, unwiderrufliche und vor allem nicht erneuerbare Mandate der Gouverneure; totale Freiheit bei der Definition ihrer Strategie.

Diese Unabhängigkeit wird durch die Struktur des Euro-Währungsgebietes noch verstärkt. „*Da es keine politische Exekutive und noch weniger ein souveränes Parlament gibt, wüsste man nicht, vor welcher repräsentativen Instanz die EZB Rechenschaft ablegen sollte*“, bemerkte einmal der Wirtschaftsexperte Michel Aglietta. Die EZB hat es nicht mit einer einzigen Regierung zu tun, sondern vielmehr mit zwölf. Diese große Zahl stellt den besten Schutz gegen jeglichen Versuch der politischen Druckausübung dar. So wird es sehr viel schwieriger, eine gemeinsame Haltung aller Staaten gegenüber der EZB in Bezug auf die Währung einzunehmen. Beim jüngsten plötzlichen Kursanstieg des Euro brachten die Regierungen einiger Länder ihre tiefe Beunruhigung zum Ausdruck, während die Vertreter anderer Länder sich ihrerseits bemühten, die Bedeutung dieser Tatsache herunterzuspielen. Durch eine solche Vielfalt kann die EZB zwangsläufig völlig unbesorgt sein, und zwar langfristig.

Die Europäische Zentralbank muss Wahlkampfperioden keineswegs fürchten – ganz im Gegenteil zur amerikanischen Bundesreserve oder allen anderen Notenbanken der Welt. Auch wenn den Zentralbankern ihre Unabhängigkeit sehr wichtig ist, bleiben sie doch weiter Bürger mit ihren eigenen politischen Überzeugungen, die eventuell – bewusst oder unbewusst – zu einer Beeinflussung ihrer Einschätzungen und Währungsentscheidungen führen könnten.

In den Vereinigten Staaten fragen sich die Experten heute, welchen Einfluss die Präsidentschaftswahlen im November wohl auf die Strategie der FED haben werden. Es werden bereits umfangreiche Studien veröffentlicht, um zu versuchen, die politische Couleur des Währungsausschusses der amerikanischen Notenbank einzuschätzen. Mit Beginn des Wahlkampfes werden die amerikanischen Währungsentscheidungen stark unter einem politischen Blickwinkel interpretiert.

Wenn beispielsweise die FED ihre Zinssätze vor November anhebt, werden die Beobachter denken, dass sie die Demokraten bevorzugt. Tut sie es nicht, wird alle Welt glauben, die FED tendiert zu den Republikanern.

Und alle fragen sich, wie wohl die Unterstützung des Präsidenten Alan Greenspan für die Kandidatur von George Bush aussehen könnte, da er überzeugter Republikaner ist – er war der Chef-Wirtschaftsberater im Weißen Haus unter Präsident Gerald Ford. Die kritischen Äußerungen Greenspans zur aktuellen Haushaltspolitik sind aus diesem Grund reichlich kommentiert worden.

Angesichts der Tatsache, dass Greenspan in der amerikanischen Öffentlichkeit eine gewisse Aura genießt, ist die mehr oder weniger explizite Unterstützung, die der Chef der Fed der einen oder anderen Seite zuteil werden lassen könnte, von großer Bedeutung. Das hat Bush verstanden. Bereits vor einigen Monaten hat er erklärt, dass er eine neue Amtszeit von Greenspan befürwortet. Das Mandat des Chefs der Fed läuft Ende Juni 2004 aus.

Die EZB ist nicht dem Risiko ausgesetzt, politisch Partei ergreifen oder eine rechts- oder linksgerichtete politische Strategie verfolgen zu müssen. Ihre Arbeit ist gänzlich unabhängig von jeglichen Wahlen innerhalb des Euro-Währungsgebietes. Das war beispielsweise im Fall der Bundesbank anders, deren Mitglieder politisch geprägt sind. Der Sozialdemokrat Ernst Welteke, der von der Regierung Schröder ernannt wurde, folgte auf den Christdemokraten und ehemaligen Staatssekretär von Helmut Kohl, Hans Tietmeyer.

Die Vorstellung, dass der Gouverneursrat der EZB, der sich nur aus Währungsspezialisten zusammensetzt, eine Entscheidung trifft, um die Wiederwahl irgendeiner Regierung zu begünstigen, ist unmöglich. Es ist schwer vorstellbar, dass der portugiesische Vertreter für eine Senkung der Zinssätze stimmt, um dadurch das Wahlergebnis in Frankreich oder Finnland zu beeinflussen.

Wie für die anderen europäischen Bürger bleibt auch das Wahlinteresse der Mitglieder der EZB vor allem auf die nationale Ebene beschränkt, während ihre professionellen oder monetären Entscheidungen sich auf das gesamte Eurogebiet erstrecken. Tatsächlich ist der Kalender der EZB ein ganz anderer als der Wahlkalender, der einen großen Einfluss auf die Gestaltung Wirtschaftspolitik in den einzelnen Ländern hat.

Diese Eigenart macht mehr als alle anderen institutionellen Gesichtspunkte das einzigartige Wesen der Unabhängigkeit der EZB aus. Diese Eigenart macht es aber auch möglich, die außerordentlichen Probleme der Regierungen und der Zentralbank zu begreifen, miteinander zu kooperieren und ihre Strategien zu koordinieren.

Haushalts- und Währungspolitik laufen in der Tat nicht im gleichen Rhythmus ab.

Pierre-Antoine Delhommais